



Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e.V.

EU-Förderung setzt auf mehr Bürgernähe

Deutscher Verband

Die EU-Kommission setzt in der EU-Kohäsionspolitik auch zukünftig auf die Förderung der Stadtentwicklung – und das ist gut so, findet der Deutsche Verband.

www.deutscher-verband.org

Am 29. Mai 2018 veröffentlichte die EU-Kommission ihre Verordnungsentwürfe zur Neuausrichtung der EU-Regional- und -Strukturförderung für die Programmperiode 2021 bis 2027. Damit ist die Verhandlungsrunde mit Rat und Europaparlament formal eingeläutet. Es sieht so aus, als würden die Anhänger der EU-Kohäsionspolitik noch einmal mit einem blauen Auge davorkommen. Noch vor gut einem Jahr gab es dunkle Zukunftsszenarien zur Abschaffung der Regionalförderung. Die dunklen Wolken haben sich nun zwar ein Stück weit verzogen. Dennoch scheint ein stabiles Hoch in weiter Ferne.

Da ist zunächst die Frage des Geldes. Das durch den Brexit gerissene Finanzloch soll durch Umschichtungen geschlossen werden. Selten zuvor stand die Frage nach dem „europäischen Mehrwert“ einzelner Fördertöpfe so stark im Zentrum wie bei der aktuellen Debatte. Was kann und soll also mit den noch zur Verfügung stehenden Mitteln gefördert werden?

Deutschland wird trotz der Bereitschaft zu höheren Einzahlungen in den EU-Haushalt 21 Prozent weniger Regionalfördermittel erhalten. Die verbleibenden 15,7 Milliarden Euro sollen allerdings in alle Bundesländer fließen. Der größte Teil der Förderung geht künftig an Maßnahmen für intelligentes und innovatives Wachstum und unterstützt die Digitalisierung. Er wird weiterhin zum Ausbau der Forschungslandschaft verwendet, zur Minderung des CO₂-Ausstoßes, zur Integration von Migranten und benachteiligten Bevölkerungsgruppen und für Gesundheitsinvestitionen.

Das bedeutet aber nicht, dass die Mittel nur in dynamische Wachstumszentren fließen. Gerade auch in den besser entwickelten Regionen der EU sollen strukturschwächere Gebiete angesprochen werden. Die Kohäsionspolitik will insbesondere jene Menschen erreichen, die sich abgehängt fühlen, weil ihnen in den Klein- und Mittelstädten sowie in den Dörfern des ländlichen Raums zunehmend Angebote der Daseinsvorsorge fehlen. Sie richtet sich ebenso an Menschen in Gebieten, die einen strukturellen Wandel durchlaufen. Damit soll gezielt europaskeptischen Strömungen begegnet werden. Unter dem übergeordneten Ziel eines „bürgernahen Europas“ werden deshalb integrierte Entwicklungsstrategien gefördert, in denen verschiedene Themenfelder in einem kohärenten Konzept zusammenwirken. Dies umfasst sowohl städtische Gebiete mit besonderem Entwicklungsbedarf als auch funktionale, interkommunale Gebiete.

Etwas Unklarheit birgt die Ankündigung einer „Europäischen Stadtinitiative“, die ausschließlich durch die EU-Kommission koordiniert werden soll. Darunter fielen kommunale Austauschprogramme, innovative städtische Pilotprojekte sowie die Städtische Agenda der EU – Themenfelder also, in denen die Mitgliedstaaten derzeit ein gehöriges Mitspracherecht haben. Unter dem Argument einer einfacheren Koordination möchte die EU-Kommission die Umsetzung dieser Maßnahmen selbst bestimmen und nicht wie bisher gemeinsam mit den Mitgliedstaaten. Ob damit mehr Bürgernähe geschaffen werden kann, darf bezweifelt werden.

Die nun kommenden Monate werden harte Verhandlungsrunden mit sich bringen. Idealerweise sollten bis Ostern 2019 die Verordnungen im Gesetzgebungsverfahren durchgebracht sein. Denn dann stehen die nächsten Europawahlen an. Mit Blick auf die Europawahlen muss gerade die EU-Kohäsionspolitik glaubhaft machen, dass es ihr ernst ist mit der Bürgernähe, damit nicht diejenigen die EU-Förderung abwählen, die diese eigentlich erreichen sollte. Mit Hilfe integrierter Stadtentwicklung kann dies gelingen. «



Hella Dunger-Löper macht sich Sorgen um die Zukunft der Regionalförderung seitens der Europäischen Union.

Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin a.D., ist Vorsitzende der AG Europa im Deutschen Verband